

Antrag A11

Antragsteller:

Bezirk Bergisches Land der
Mittelstands- und Wirtschaftsunion NRW

Die 25. Landesdelegiertenversammlung der MIT NRW möge beschließen:

Energiewende: NRW-Mittelstand braucht Planungssicherheit und Bürokratieentlastung

Wir fordern die Landesregierung auf:

- Im Bundesrat und bei der Ampel anzumahnen, dass es schnell zu einer Senkung der Stromsteuern und Netzentgelte und die Ermöglichung von Superabschreibungen für Energie-Umstellungsinvestitionen kommen muss.
- Für den energieintensiven Mittelstand in NRW ein eigenes Förderprogramm für Umstellungen auf Grünstrom und Wasserstoff aufzulegen, wie in den Koalitionsvereinbarungen angekündigt.
- Bei der EU-Kommission anzumahnen, dass die Planungen für grenzüberschreitende Energienetze massiv zu beschleunigen sind und dass entsprechende Fördergelder bereitstehen.
- Bei EU-Kommission und Bundesregierung anzumahnen, dass bestehende kumulierte Berichtspflichten zu vereinfachen und Bürokratiekosten zu senken sind. Es bedarf digitaler Automatismen für zusammenzufassende Berichtspflichten der unterschiedlichen staatlichen Ebenen.
- Bei EU-Kommission und Bundesregierung anzumahnen, dass keine neue Bürokratielasten für den Mittelstand entstehen. Industrieemissionsrichtlinie, CSRD, Lieferkettengesetzgebung, EU-Transparenzrichtlinie, Öko-Design-Verordnung und PFAS müssen erhebliche Ausnahmen bzw. Erleichterungen für KMU vorsehen.

- Bei der Kommission anzumahnen, dass die angekündigte Reduzierung des Verwaltungsaufwandes um 25% für die Unternehmen jetzt konkret wird und angekündigte Mittelstandsbeauftragte jetzt seine Arbeit direkt als Stabsstelle bei der Kommissionspräsidentin aufnimmt.

Begründung:

Fast die Hälfte der Industriebetriebe plant Verlagerungen oder neue Standortinvestitionen im Ausland. Insbesondere der energieintensive Mittelstand ist durch die weltweit höchsten Strompreise an der Belastungsgrenze oder darüber. Hinzu kommt die insbesondere durch die Bundesregierung zu verantwortende Planungsunsicherheit bei der betrieblichen Umstellung von fossilen Energieträgern auf Grünstrom oder Wasserstoff. Die durch unterschiedliche staatliche Ebenen verursachten Bürokratiekosten verschärfen die internationalen Wettbewerbsnachteile.

Votum der Antragskommission:

Annahme